



Land will Förderlücke für Flüchtlinge schließen

Flüchtlinge, die noch nicht anerkannt sind und eine Ausbildung oder ein Studium beginnen, können aus allen Förderungen herausfallen. Diese Lücke, die auf einem Zusammenspiel verschiedener Gesetze beruht, will Baden-Württemberg schließen. Der Bundesrat befasst sich kommenden Freitag mit dem Entschließungsantrag.

Von Stefanie Schlüter

STUTTGART. Asylbewerberleistungsgesetz, Bundesausbildungsförderungsgesetz und Sozialgesetzbuch greifen nicht immer abgestimmt ineinander. Das mussten in den vergangenen Jahren einige noch nicht anerkannte Asylbewerber feststellen, die einen Ausbildungs- oder Studienplatz erhalten hatten. Vor allem für Gestattete, also Menschen, über deren Asylantrag noch nicht entschieden ist und die so lange eine Aufenthaltsgestattung haben, aber auch zum Teil für Geduldete mit Aufenthaltszeiten von mehr als 15 Monaten tut sich nach Angaben des Sozialministeriums Baden-Württemberg eine Förderlücke auf.

Stuttgart: Verwaltungsausschuss beschließt freiwillige Leistung

„Für mich werden an dieser Stelle die integrationspolitisch nicht tragbaren Konsequenzen deutlich, die eine unsystematische Unterscheidung nach Aufenthaltsstatus mit sich bringt“, sagt Integrationsminister Manfred Lucha (Grüne). Nach derzeitiger Rechtslage könne es „zu der absurden Situation kommen, dass sich ein ausbildungswilliger junger Mensch schlechter stellt, wenn er eine Ausbildung oder ein Studium aufnimmt als wenn er es sein lässt“. Das ergebe weder integrations- noch arbeits-



Neue Fachkräfte im Handwerk zu gewinnen, ist ein erklärtes Ziel der Politik. Doch für Flüchtlinge gibt es in bestimmten Fällen keine Ausbildungsförderung. FOTO: DPA

Wirtschaftsministerin sieht Beitrag gegen Fachkräftemangel

„Es ist von integrationspolitischem und sozialem Nutzen, aber auch wirtschaftspolitisch sehr sinnvoll, wenn Menschen mit ihrer qualifizierten Arbeitskraft einen Beitrag zum Wohlstand des Landes leisten“, sagt Wirtschaftsministerin Nicole Hoffmeister-Kraut (CDU). Sie sieht im Schließen der Förderlücke einen wichti-

gen Beitrag, den Fachkräftemangel gerade in Ausbildungsberufen zu bekämpfen. Dadurch würde es dem betroffenen Personenkreis finanziell ermöglicht, eine Ausbildung aufzunehmen. So könnten gerade von kleinen und mittleren Unternehmen im Land dringend benötigte Fachkräfte ausgebildet werden.

markt- oder wirtschaftspolitisch Sinn, sagt Lucha.

Betroffen sind vor allem junge Menschen, über deren Asylantrag noch nicht entschieden ist und die bereits länger als 15 Monate in Deutschland sind. Sie erhalten dann Analogleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz in Verbindung mit dem Sozialgesetzbuch XII, in welchem die Sozialhilfe geregelt ist. Nehmen sie eine Berufsausbildung oder ein Studium auf, fallen sie aus dem Analogleis-

tungsbezug heraus, gleichzeitig sind ihnen aber Fördermittel aus der Berufsausbildungshilfe oder dem Bafög-Topf verwehrt. Bei den derzeit hohen Mietkosten kann es beispielsweise passieren, dass die Ausbildungsvergütung nicht zum Leben reicht.

Der Verwaltungsausschuss der Stadt Stuttgart hat deshalb im März beschlossen, diesen Asylbewerbern auf freiwilliger Basis Leistungen zur Absicherung des Lebensunterhalts weiter zu zahlen. Dies ist zunächst

auf drei Jahre oder bis zu einer Gesetzesänderung auf Bundesebene beschränkt. Die Kommune fungiere nicht als Ausfallbürge für gesetzgeberische Regelungslücken und könne nicht dauerhaft freiwillige städtische Leistungen erbringen, heißt es in einer Mitteilung der Stadt.

Danach geht es um rund 165 000 Euro jährlich für 39 Auszubildende. 13 Auszubildende liegen mit der Ausbildungsvergütung über der Ausbildungs- oder Bafög-Höchstförderung und erhalten inzwischen keine Leistungen mehr. Sieben Auszubildende benötigen eine Überbrückung, bis sie Anspruch auf eine Ausbildungsförderung haben.

Deutschlandweit sind im Handwerk 49 000 Ausbildungsplätze unbesetzt

Derzeit wird in vielen Berufen händeringend Nachwuchs gesucht. Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit sind die Chancen auf einen Ausbildungsplatz so gut wie

lange nicht mehr. In Deutschland kommen auf 100 Bewerber rund 105 Ausbildungsplätze. Das geht aus dem Berufsbildungsbericht des Bundesforschungsministeriums hervor. Allein im Handwerk blieben demnach 49 000 Ausbildungsplätze unbesetzt. Ein Ziel der Bundesregierung ist es, Menschen mit Migrationshintergrund stärker für eine Berufsausbildung zu motivieren.

Die Zahl der Flüchtlinge, die mithilfe der Agentur für Arbeit einen Ausbildungsplatz suchen, steigt. In Baden-Württemberg waren es im Ausbildungsjahr 2016/17 nach Angaben der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit 3566 Menschen.

Integrationsminister Lucha plädiert dafür, die Förderlücke zu schließen. Der Bundesrat befasst sich am kommenden Freitag mit einem entsprechenden Entschließungsantrag aus Baden-Württemberg, in dem die Bundesregierung dazu aufgefordert werden soll.